



der WELLENBRECHER

► Informationsblatt des Kreisverbandes DIE LINKE. Nordwestmecklenburg



6. Jahrgang / Ausgabe 34 - Nr. 5 / 2016

www.die-linke-nwm.de



Oder Angriff ist die beste Verteidigung!

Ein etwas satirischer Rückblick von Horst Krumpen (Delegierter zum Landesparteitag)

Mit gemischten Gefühlen fuhr ich nach der verlorenen Landtagswahl zu unserem Landesparteitag. Mein Bericht ist nicht unbedingt objektiv; ich versuche eine kritische, konstruktive und ironische Betrachtung.

Viele Genossinnen und Genossen waren angereizt, obwohl sie kein Delegiertenmandat hatten, darunter auch die in den Medien genannten „Kritiker“ Steffen Bockhahn, Roy Rietentidt und Lars Bergemann, leider ohne sich beim Parteitag zu Wort zu melden.

Die Rede unserer Landesvorsitzenden Heidrun Bluhm wurde mit Spannung erwartet. Sie ging detailliert auf das schlechte Abschneiden unseres Landesverbandes ein. Anhand vieler Zahlen schilderte sie, wer uns wählte, wer nicht, woher wir Stimmen gewannen, wo verloren haben. Auch die politische Lage während des Wahlkampfes erörterte sie ausführlich. Selbstverständlich erinnerte sie uns daran, dass alle Beschlüsse zum Programm und zur Liste mehrheitlich gefasst wurden. Sie erklärte, dass die Strukturen der Partei ebenso auf den Prüfstand gehören, wie auch eine Antwort auf die demographische Entwicklung gefunden werden müsse.

Trotz vieler Gründe, für die sie nicht verantwortlich war, erklärte sie dann, sie übernehme die Verantwortung für das Ergebnis. Sie bat, ihr das Vertrauen noch einmal

für ein Jahr auszusprechen und erklärte, nach der Bundestagswahl nicht mehr als Landesvorsitzende kandidieren zu wollen.

Der Parteitag war überrascht, dass hatte die im Vorfeld so medienaktive Vorsitzende in Ihren Pressegesprächen bis dato nicht erwähnt. Ich überlegte kurz und beantragte eine geheime Abstimmung, um ein ehrliches Ergebnis zu erhalten. Nach einer kurzen Debatte und Einwänden des LGF wurde dem Antrag entsprochen.

Es folgte die Rede eines kämpferischen, emotionalen, ja fast aufgebracht, engagierten Helmut Holter. Er erklärte, dass ihn das Ergebnis naturgemäß am härtesten trafe. Ich hatte bisher immer geglaubt, dass es die am härtesten getroffenen habe, die nicht oder nicht mehr in den Landtag gekommen sind. Helmut legte dar, dass er

alles getan habe, von 6 Uhr früh bis 22 Uhr am Abend und fragte dann: „Wo waren unsere 4.000 Wahlkämpfer, wo waren unsere Basisorganisationen bei den Veranstaltungen? ... dann wären die Plätze voller gewesen.“ Ich dachte mir: wieder was gelernt, glaubte ich doch bisher, es gehe uns um Wählerinnen und Wähler und nicht um die, die ohnehin fest zu uns stehen. Als Kreisvorsitzender habe ich mich später »entschuldigt«, dass es mir nicht gelungen ist, unsere Mitglieder der älteren Semester bei schlechtem Wetter zum Hafen zu bewegen, die jüngeren mussten ja ohnehin arbeiten. In seiner Rede stellte Helmut dann zahlreiche politische Fragen, so unter anderem nach der Zukunft der Arbeit, nach unserer Haltung zu Ladenöffnungszeiten, zur Digitalisierung und anderen wichtigen Themen. Er kritisierte,



dass die Partei darauf bisher keine Antworten gegeben habe. Auch damit öffnete er mir die Augen: So viele offene Fragen nach der Erstellung des Landtagswahlprogramms. Für mich dachte ich im Stillen: komisch, dass der Fraktionsvorsitzende und Spitzenkandidat so viele offene Fragen erst jetzt stellt. Auf die Kampagne ging er nach meiner Erinnerung nicht groß ein, doch aber darauf, dass er als guter Kapitän in stürmischer Zeit auf der Brücke bleiben werde, zumindest für die nächsten zwei Jahre und dass er sich erneut zur Wahl um den Fraktionsvorsitz stellen werde.

Wie bei guter Parteitagsregie zu erwarten, folgte die Rede des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion Dr. Dietmar Bartsch. Dietmar erklärte, dass die bundespolitische Großwetterlage nicht günstig für die Landtagswahl gewesen sei. Er verdeutlichte, dass wir entgegen allen anderen Aussagen weiterhin eine Protestpartei sind und bleiben, auch wenn andere aus den gleichen Gründen stärker gewählt wurden. Er erläuterte noch einmal unsere Haltung zur Flüchtlingspolitik und wies darauf hin, dass sich ein schlechtes Abschneiden schon seit der Wahl in Sachsen Anhalt abzeichnete. Zum Schluss warb er für die anstehende Abstimmung um Vertrauen für Heidrun, weil kein Signal der Zerstrittenheit von diesem Parteitag ausgehen dürfe. Er gab zu bedenken, dass sonst nicht geklärt sei, wer den Landesvorsitz übernehmen solle. Mit 73% der Stimmen wurde sie im Amt bestätigt.

In zahlreichen Redebeiträgen wurde danach am Wahlkampf Kritik geübt. Simone Oldenburg z. B. forderte Helmut auf, Ross und Reiter zu nennen, wenn er Kritik an Kreisverbänden habe. Björn Griese analysierte gewohnt sachlich die Situation. Ich danke unserem LGF für die gute technische Organisation und kritisierte die Wahlkampfplanung, die ich für zu unflexibel und statisch halte; mir fehlt das aktive Reagieren auf aktuelle Entwicklungen.

Zum Schluss wurde eine Reihe von Anträgen angenommen, von denen ich mir Aufwind für unsere Partei erhoffe.

Viele Ideen, wenig Kohle



Von Heidrun Teichmann

Zwei Jahre der neuen Legislaturperiode sind um, Zeit, Bilanz zu ziehen. Was haben wir bewirkt in der Kommunalpolitik, wie geht es unseren Kommunen?

Vorweg kann ich für mich sagen, es macht immer noch Spaß, auch wenn es nicht leichter geworden ist. Entscheidend ist, was setzen sich die Gemeinden für Ziele, sind sie realistisch oder illusionär?

Für mich gab es da immer Prioritäten. Wir brauchen für mehr finanzielle Zuwendung vor allem stabile Einwohnerzahlen, Zuzug von jungen Familien, eine gute Betreuung durch Kita und Schule, dementsprechend auch ihre moderne Ausstattung.

Das ist uns in Neuburg weitgehend gelungen. Wir haben Baugrundstücke erschlossen und werden das auch 2017 weiter tun. Unsere Kita ist voll ausgelastet und die Schule hat steigende Schülerzahlen.

Was wir nicht erreichen konnten ist, dass die Elternbeiträge für die

Kita abgesenkt werden können. Deshalb unterstützen wir aktiv die Elterninitiative, die dieses Ziel verfolgt. Gleichzeitig fordern wir, dass die Versprechen seitens der Landesregierung wahr gemacht werden.

Zu einer gut funktionierenden Kommunalpolitik gehört vor allem eine ausreichende Finanzausstattung der Kommunen. Dazu brauen wir unbedingt eine Neuordnung der Finanzen, die die Gemeinden in die Lage versetzt, kommunale Selbstverwaltung zu praktizieren.

Investitionsstau auf allen Ebenen ist die Folge einer verfehlten Finanzausstattung. In Neuburg werden wir trotz nicht ausgeglichenem Haushalt Straßen und Wege reparieren, um auch in den kommenden Jahren attraktiv für unsere Bürger zu bleiben.

Wichtig bei allen Vorhaben ist die demokratische Mitwirkung möglichst vieler Bürger. Da wünschte ich mir mehr, mehr Interesse, mehr Engagement. Aber wir müssen uns auch fragen, warum wir die Bürger nicht erreichen. Das Wahlergebnis sollte Anlass sein, hier umzudenken.

Für mich heißt das besonders, die Generation der 30 bis 50-jährigen mehr zu erreichen, auch um sie zu bewegen, Verantwortung zu übernehmen. Eine gute Gelegenheit ist für uns die Vorbereitung unserer 800 Jahrfeier im Jahre 2019.

Wismarer zeigen Gesicht gegen Rechts



Aktion gegen einen rechten Aufmarsch am Friedenshof

Dem Aufruf des Bündnisses „Wismar für alle“ zu einer Aktion gegen einen rechten Aufmarsch am Friedenshof folgten am Sonntag, den 2. Oktober über 100 Wis-

marer, darunter viele junge Menschen sowie zahlreiche Flüchtlinge bzw. Asylbewerber. Mit Transparenten und Fahnen bewegte sich der bunte Demonstrationstrupp von der Sporthalle an der Bürgermeister-Haupt-Straße zur Erich-Weinert-Promenade.

Ausstellung zum Eichmann-Prozess



In Gadebusch wurde 21. September in der Stadtkirche St. Jakob und St. Dionysius die von Schülern der Europaschule Rövershagen unter Anleitung ihrer Lehrerin Frau Klawitter erarbeitete Ausstellung „Der Eichmann-Prozess“ in einer Gemeinschaftsveranstaltung mit der evangelischen Kirche Gadebusch, der Stadtfraktion DIE LINKE und der Rosa-Luxemburg-Stiftung eröffnet.

Adolf Eichmann, Mitarbeiter im Reichssicherheitshauptamt, war Leiter des Referats IV B 4 (Judenangelegenheiten) und gilt als einer der Hauptverantwortli-

chen für die industrielle Ermordung hunderttausender Juden. Nach 1945 gelang es ihm, in Argentinien unterzutauchen, wo er vom Israelischen Geheimdienst Mossad aufgespürt und 1960 entführt wurde. 1961 wurde ihm in Israel der Prozess gemacht; er wurde zum Tode verurteilt und 1962 gehängt.

Wir möchten uns auf diesem Weg bei der Ev.-Luth. Kirchengemeinde Gadebusch und bei Frau Pastorin Baier bedanken, das man es uns ermöglichte, diese Ausstellung unter dem Dach der Kirche der Öffentlichkeit zu zeigen.

Über 200 Bürger bildeten Menschenkette



„Tag des Flüchtlings“ in Wismar

Am Freitag dem 30. September, dem deutschlandweiten „Tag des Flüchtlings“, folgten über 200 Bürger dem Aufruf der Stadtverwaltung und bildeten auf dem Wismarer Markt eine Menschenkette. Unter dem Motto „Menschenrechte kennen keine Grenzen“ ist dieser Tag den Flüchtlingen und Asylsuchenden auf der ganzen Welt gewidmet, um ihre Hoffnungen nach einem besseren Leben zu würdigen. Gerade

in diesen Tagen verschärft sich mit der Einschränkung der Rechte der Flüchtlinge durch das Integrationsgesetz vom 31. Juli 2016 und der Schließung der EU-Außengrenzen die Lage der Betroffenen.

Gut gelaunt, an den Händen haltend bzw. durch eine Wimpelkette verbunden, bildeten Bürger jeden Alters, unterschiedlicher Nationalität und Hautfarbe auf der Innenseite des Marktplatzes eine bunte Menschenkette.

Bericht und Foto von Peter Vorbau

Wie halten Sie es mit der Demokratie Frau Landrätin? Soziale Gerechtigkeit ist mit dieser SPD in Nordwestmecklenburg nicht zu haben



Von Horst Krumpen

Nach der Landtagswahl ist eines aus meiner subjektiven Sicht offensichtlich Konsens in unserer Partei, wir müssen wahrnehmbarer und klarer unsere Positionen vertreten als bisher. Dies gilt auch und gerade in den Zeiten zwischen den Wahlen, am besten erreichen wir dies, indem wir unsere vorhandene Stärke in den kommunalen Vertretungen stärker ausspielen oder besser zu Gehör bringen. Seit der letzten Kommunalwahl haben wir immer wieder die amtierende Landrätin „zum Jagen tragen müssen.“ Unsere berechtigte Kritik fand mal mehr und mal weniger öffentliche Aufmerksamkeit, dennoch wollen wir diesen Weg weiter beschreiten.

Die Politik der SPD Landrätin führt uns immer wieder vor, dass Frau Weiß offensichtlich ein Problem mit demokratischen Entscheidungen hat. Zu diesem Thema ein paar kleine Beispiele.

So war und ist es mit dem teuren Parkplatz am neuen Hauptsitz der Kreisverwaltung in Wismar – erst wurde der Parkplatz gar nicht kalkuliert, dann wurden uns Einsparungen vorgegaukelt die dem Wissenstand der Verwaltung

widersprachen und nun gibt es eine Debatte über die Parkplatzgebühren. Das dies bis heute so ist, liegt auch daran, dass Frau Weiß bis heute kein Parkplatzbewirtschaftungskonzept vorgelegt hat, das diesen Namen auch verdient hat.

Auch beim ÖPNV erleben wir ein unglaubliches Hin und Her. Zuerst wird ein neues Konzept für viel Geld erarbeitet, um angeblich die ländliche Region weiterhin an die größeren Zentren anzuschließen. Dann erleben wir das Schwerin und der Landkreis Ludwigslust Parchim bei der Planung offensichtlich außen vorgelassen wurden. Die Folge waren schwierige und teure Nachverhandlungen. Nun aber erleben wir, dass unser Antrag auf das Sozialticket ab 01.01.2017 von der Landrätin schlichtweg missachtet wird. War bei der Einführung der neuen Tarife die Begründung noch so, dass es keine Daten über die Zahl der möglichen Fahrgäste mit Sozialticket gebe, so erleben wir rund ein Jahr später, dass diese Daten trotz Auftrag nicht erhoben wurden. Die Krönung aber ist, dass die Landrätin nunmehr schlichtweg erklärt, der vorhandene Kreistagsbeschluss werde aus Kostengründen nicht umgesetzt.

Das erklärt uns die Landrätin, die im Landtagswahljahr die **Kreisumlage abgesenkt** hat und eine weitere Absenkung für 2017 in Aussicht gestellt hat- wobei beide Absenkungen nicht zu weniger Einnahmen beim Kreis führen werden, da die Schlüsselzuweisungen erhöht wurden. Das ist übri-

gens auch die Landrätin, die in den letzten Jahren immer wieder bessere Jahresabschlüsse vorlegt, als geplant. Wobei wesentliche Einsparungen die nicht aufgewendeten Sozialausgaben waren.

Natürlich hat die Landrätin auch bis jetzt keine Antwort auf die Frage, wie die Schulsozialarbeiter finanziert werden sollen, wenn die Bundesmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket nicht mehr dafür verwendet werden dürfen.

Über die Frage der **Integration von anerkannten Flüchtlingen** werden wir mit dieser SPD noch zu streiten haben, das was wir im Moment an Problemen erleben bei der Frage von Wohnungen, Sprachkursen etc. ist nur deshalb kein sehr großes Thema, weil die Zahl der Neuankommenden deutlich gesunken ist. Aber auch hier fehlt seitens des Landkreises jegliches nachhaltige Konzept.

Wir werden als LINKE auch weiterhin den Finger in die Wunde legen, wenn es um die Frage der sozialen Gerechtigkeit geht, egal ob als Kreisverband oder als Kreistagsfraktion, denn eines ist klar, soziale Gerechtigkeit ohne DIE LINKE wird es in unserem Landkreis nicht besser werden.

Ich glaube wir sollten in den Gemeindevertretungen, Bürgerschaften und Fraktionen unsere „Samthandschuhe“ ablegen und uns auf unsere Rolle als Opposition und Protestpartei besinnen.

In diesem Sinne auf in den Kampf um soziale Gerechtigkeit!

Vorläufige Tagesordnung der Gesamtmitgliederversammlung am 26. November 2016:

1. Eröffnung, Rede Kreisvorsitzender der Partei DIE LINKE. Nordwestmecklenburg, Horst Krumpen und Konstituierung.
2. Rede der Fraktionsvorsitzenden Die LINKE. im Landtag M-V, Simone Oldenburg.
3. Rede der Landesvorsitzenden der Partei DIE LINKE. M-V Heidrun Bluhm zu den Aufgaben und Anforderungen im Bundestagswahlkampf 2017.
4. Aussprache, Einbringung von Anträgen, Diskussion.
5. Pause (10 Minuten)
6. Beschlussfassungen zu den Anträgen
7. Kandidatenvorstellung und Wahlhandlungen für 8 VertreterInnen Landesvertreterinnenversammlung.
8. Mittagspause (30 Minuten)
9. Kandidatenvorstellung und Wahlhandlungen für die VertreterInnen für die WahlkreisvertreterInnenversammlung im Bundestagswahlkreis 12.
10. Kandidatenvorstellung und Wahlhandlungen für die VertreterInnen für die WahlkreisvertreterInnenversammlung im Bundestagswahlkreis 13.
11. Schlusswort.

Einberufung der Gesamtmitgliederversammlung der Mitglieder im Landkreis Nordwestmecklenburg am 26. November 2016

Die Gesamtmitgliederversammlung der Mitglieder im Landkreis Nordwestmecklenburg wird für **Sonabend, den 26. November 2016** einberufen. Tagungsort ist, 23968 Gägelow, Hotel Wyndham Garden Wismar, Bellevue 15, Tagungsbeginn ist 10.00 Uhr, Tagungsende ist 15.00 Uhr.

Die Gesamtmitgliederversammlung berät über aktuell-politische Fragen und die Vorbereitung der Bundestagswahlen 2017.

Sie wählt entsprechend des vom Landesvorstand beschlossenen Delegiertenschlüssels 8 VertreterInnen zur VertreterInnenversammlung zur „LandesvertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Wahlbewerberinnen und Wahlbewerber und zur Festlegung ihrer Reihenfolge auf der Landesliste“ am 13. März 2017 in Gägelow.

Sie wählt in getrennten Wahlgängen die VertreterInnen für die Vertreterversammlungen zur Aufstellung der/des Direktkandidatin/en der Bundestagswahlkreise 12 und 13.

Antragsschluss ist der 28. Oktober 2016, 12.00 Uhr (Zustellfrist).

Redaktion:

Sonja Bahlk, Uwe Boldt, Helga Brauer, Björn Griese, Horst Neumann, Lutz Tannhäuser, Peter Vorbau u. Frank Wuttke



Kontakt:

Fon: (03841) 28 35 55
Fax: (03841) 20 19 79
Mail: info@die-linke-nwm.de
Internet: www.die-linke-nwm.de
Redaktionsschluss: 26.11.2016

Zum Umgang mit der AfD

Nach ihren Erfolgen bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt konnte die AfD bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern über 20 Prozent erzielen. Damit ist erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik in einem Parlament eine Partei rechts von der Union zahlenmäßig stärker als diese. Nicht erst seit dieser Wahl gibt es Diskussionen über die Hintergründe und Ursachen dieser Entwicklung.

In unserem Land gibt es – ähnlich wie in anderen europäischen Staaten – ein Gesellschafts- und Wählerpotenzial, das eine rechtspopulistische Partei in ausreichendem Maße tragen könnte. Dass es der AfD anders als bisherigen rechtspopulistischen Parteien gelungen ist, derart mobilisierungsfähig zu sein, hat sehr wohl mit der konkreten Lage in Deutschland zu tun. Der AfD gelingt es, sich als Sprachrohr und politischer Repräsentant für all jene darzustellen, die unzufrieden mit den politischen Zuständen in der Bundesrepublik sind, die Angst haben vor der Vernachlässigung ihrer Region bei der sozialen Infrastruktur oder eigener Benachteiligung. Gleichzeitig ist sie ein Sammelbecken von Rechtspopulisten und Rechts-extremisten.

Je nach Fragestellung gaben 25 Prozent der AfD-Wähler an, diese Partei aus Überzeugung gewählt zu haben. Zwei Drittel gaben an, sie haben sie aus Enttäuschung über andere Parteien bzw. 42 Prozent als „Denkzettel“ für andere Parteien gewählt.

Es wäre jedoch ein Irrtum, daraus zu schließen, es handele sich um politisch buntscheckiges Protestverhalten. Denn die fremden- und islamfeindlichen Positionen der AfD werden von nahezu allen ihren Wählern geteilt. Die AfD zieht alle diejenigen aus anderen Parteien an, die immer schon rechte, antidemokratische und autoritäre Einstellungen äußerten. Einschlägige Langzeitbefragungen ermitteln regelmäßig, dass ein gutes Fünftel der Bevölkerung für rechte Positionen anfällig sei. Nunmehr werden sie in einer eigenen Partei zum politischen Faktor.

Die LINKE, so ein Fazit aus den vergangenen Wahlen, ist für manche nicht mehr erste Adresse für

Protest. Das war sie 2005 und 2009. Wir müssen feststellen, dass wir es nicht geschafft haben, diese Wähler, die aus Unzufriedenheit mit anderen Parteien und den sozialen Zuständen die LINKE gewählt haben ohne gleich alle programmatischen Positionen zu teilen oder über Nacht zu Sozialistinnen und Sozialisten geworden zu sein, dass wir diese Menschen nicht inhaltlich an unsere Partei binden konnten.



Mit Blick auf die Bundestagswahl 2017 war die Landtagswahl in MV der letzte Weckruf: Wir müssen glaubhaft machen, dass wir mit konkreten Ideen tatsächlich etwas in unserem Land verändern wollen und können. Wer bei der Bundestagswahl nur »Denkzettel« verteilen will, der wird ihn nicht unbedingt bei der Linkspartei abgeben.

Die Strategie, die Themen und Lösungen der AfD aufzugreifen, abzuschleifen oder als »berechtigte Besorgnisse und Ängste« anzusprechen, hat sich als wirkungslos bzw. als Wahlhilfe

für das Original erwiesen. Es kann nur darum gehen, die eigene Position zu klären und verständlich zu machen.

Wichtiger als der Umgang mit der AfD aber ist der Umgang mit ihren Wählern.

Ich muss nicht alle Parteien mögen und ich mag die AfD ganz besonders nicht. Aber wenn ich sie zu sehr ausgrenze, laufe ich Gefahr, auch ihre Wählerinnen und Wähler

auszugrenzen. Die Wählerinnen und Wähler müssen wir ernst nehmen, sie haben entschieden, auch wenn mir ihre Wahlentscheidung nicht passt.

Unsere Aufgabe ist es, Wählerinnen und Wähler der AfD immer wieder auch darauf hinzuweisen, was für eine Partei sie mit der AfD gewählt haben oder wählen wollen. So finden sich folgende Forderungen in deren Programm:

Die AfD plädiert für einen Rückzug des Staates aus seiner Rolle als sozialer Anker für schwache

Gruppen der Gesellschaft. Sie spricht von einer »Expansion der Staatsaufgaben« und tritt für die weitere Privatisierung öffentlicher Aufgaben ein.

Grundlegende Reformen« sollen auch die Sozialversicherungen betreffen. Eine weitere Verlängerung der Lebensarbeitszeit und weitere Kürzungen der Renten seien unausweichlich.

Die AfD ist gegen jegliche Vermögenssteuer, für die »ersatzlose« Streichung der Erbschaftssteuer und die Überprüfung der Gewerbesteuer.

Die Nation begreift sie als völkisch definierten Schutzraum vor den Gefahren der Globalisierung.

Gegen den Gedanken der europäischen Integration stellt die Partei ihr Konzept für »ein Europa der Vaterländer«.

Neben dem Islam geht für die AfD programmatisch die größte Bedrohung von der »Gender-Ideologie« aus. Die AfD propagiert traditionelle Geschlechterrollen einschließlich einer Rückbesinnung der Frauen auf die Mutterrolle. Einige in der AfD fordern eine deutliche Verschärfung des Abtreibungsrechts.

Ich plädiere dafür, dass wir uns den Umgang mit der AfD nicht leicht machen. Diese Partei vertritt diametral andere Werte und Inhalte als DIE LINKE. Unsere Auseinandersetzung mit den Rechtspopulisten muss darum hart und unmissverständlich bleiben.

Steuerentlastung nennt es die Koalition, ich nenne die Große Koalition eine Belastung für den sozialen Zusammenhalt."

Dietmar Bartsch zur Mini-Steuersenkung für 2017/2018, die das Bundeskabinett am Mittwoch beschlossen hat.

»Die angebliche Steuerentlastung der deutschen Haushalte ist eine groß aufgeblasene PR-Maßnahme. Die Erhöhung des Grundfreibetrages gab das Bundesverfassungsgericht vor, entlastet werden vor allem die Reichen. Sich mit diesem Reförmchen zu schmücken, ist das bekannte und alte Spiel einer konzept- und ideenlosen Koalition. Die Erhöhung des Kindergeldes um zwei Euro ist ein Witz und hilft nicht, Kinderarmut in diesem reichen Land wirksam zu bekämpfen. Schwarz-Rot rühmt sich, Haushalte um sechs Milliarden Euro entlasten zu wollen. Augenschere! Wer Kinderarmut nicht beseitigt, belastet die Zukunft unseres Landes – und das milliardenschwer.« *Dietmar Bartsch*



Glückwunsch an Simone Oldenburg zur Wahl als Fraktionsvorsitzende der Landtagsfraktion DIE LINKE!



V.l.n.r. Jeannine Rösler, Simone Oldenburg, Peter Ritter, Jacqueline Bernhardt

Der Kreisverband DIE LINKE. Nordwestmecklenburg gratuliert der neugewählten Fraktionsvorsitzenden der Fraktion DIE LINKE im Landtag MV, Simone Oldenburg!

Der Kreisvorsitzende Horst Krumpen dazu: „Wahl bedeutet auch immer Auswahl, schön für die Fraktion, dass sich mit Helmut Holter und Simone Oldenburg zwei gute Kandidaten für das Amt beworben haben. Es liegt in der

Natur einer Wahl, dass nur einer gewinnen kann.

Simone Oldenburg hat sich als Bildungsexpertin einen hervorragenden Ruf erworben. In den letzten fünf Jahren war sie bereits als stellvertretende Fraktionsvorsitzende in der Verantwortung, deshalb ist es eine sehr gute Wahl für die Fraktion, die ich als Kreisvorsitzender ausdrücklich begrüße. Im Namen ihres „Heimatkreisverbandes“ wünsche ich Simone eine

glückliche Hand für eine zukunftsorientierte, kämpferische politische Arbeit in der Opposition.

Im Namen des Kreisverbandes danke ich aber auch dem unterlegenen Helmut Holter für sein jahrelanges Engagement als Fraktionsvorsitzender und Minister sowie für seinen unermüdlichen Kampf für unsere gemeinsame Sache.

Ein weiter Weg – ein klares Ziel

Simone Oldenburg, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Landtag M-V

Wir haben verloren. Wir haben gemeinsam gekämpft und gemeinsam verloren – alle von uns, die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer, die Kandidatinnen und Kandidaten, die Vorsitzenden der Kreise, Städte und des Landes, aber auch alle unsere Wählerinnen und Wähler, die uns ein anderes Ergebnis gewünscht haben.

Danke, dass Ihr so unermüdlich gestritten, gekämpft und überzeugt habt. Danke für unseren Wahlkampf.

Als kleinste Fraktion sind wir nun im Landtag in doppelter Opposition. Zum einen müssen wir uns mit der Politik der neuen, alten Koalition auseinandersetzen. SPD und CDU in ihrer anhaltenden Umklammerung bleiben erstarrt und setzen auf das „Weiter so“. Das lässt nichts Gutes erwarten. Zum anderen sind wir mit der AfD und deren rechtspopulistischen Parolen

konfrontiert. Auch in diese Richtung müssen wir uns klar positionieren.

Wir haben keine Zeit verloren und mit unserer Arbeit im Landtag durchgestartet – konstruktiv – konsequent – kernig. Die Fraktion hat sich konstituiert, und wir kennen unsere künftigen Arbeitsschwerpunkte. Wir sind motiviert, neugierig und vor allem zuversichtlich, dass wir gemeinsam mit unseren Schwerpunkten überzeugen werden. Wir werden nicht im Sammelbecken der AfD fischen, wir werden es trockenlegen. Unsere Politik wird klar und überzeugend sein. Wir werden authentisch

linke Inhalte sichtbar und bewusst vertreten.

Wir wollen Vertrauen zurückgewinnen. Das geht nur gemeinsam. Gemeinsam mit Kreisverbänden, Basisorganisationen, unseren Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, den Fraktionen auf kommunaler und kreislicher Ebene. Wir brauchen Euch. Nur gemeinsam können wir den weiten Weg, der vor uns liegt, erfolgreich zurücklegen. Nur gemeinsam können wir unser Ziel, bei kommenden Wahlen wieder kräftig zuzulegen, erreichen.

Es gibt tausend Gründe, uns zu wählen, machen wir sie deutlich.



Liebe Leser, hier könnt ihr künftig euren Frust abladen:

Heute: Braucht die Menschheit Kreuzfahrtschiffe?

Auch einmal die Weltmeere befahren und die Welt kennenlernen! Solche Kreuzfahrten sind „in“ und das Geschäft mit ihnen brummt. Aber: Bevor man den Werbeverheißungen folgt, sollte man sich vergegenwärtigen, dass solch eine ökologische Dreckschleuder mehr CO2 in die Luft pustet, als 10 000 Pkw. Hafenstädte, die auf sich halten, verweigern ihnen deshalb das Anlaufen.

Und von wegen mit solch einer schwimmenden Rentner-Mästanstalt die Welt kennenlernen! Bei den kurzen Tagesaufenthalten in den Häfen reicht es in Regel dazu, ein paar Fotos zu machen und einige Souvenirs zu erwerben, mit denen man zu Hause mit Weltläufigkeit renommieren kann. Ein tieferes Eintauchen in die jeweilige Lebenswelt und Kontakt und Austausch mit den Einheimischen sind kaum möglich.

Und nun kommt der Genting-Konzern, der mit Millionen-Investitionen in Wismar, Rostock und Stralsund eine wahre Goldgräberstimmung hervorgerufen hat und Arbeitsplätze für den Bau von ausgerechnet Kreuzfahrtschiffen verspricht. Wer wollte da das Öko-Banner schwingen? Erst kommt das Fressen und dann kommt die Moral, formulierte Brecht zu solchem Zwiespalt. Einen schwachen Trost mag man darin sehen, dass der Bau von Kreuzlinern immerhin ein wenig freundlicher erscheint, als der von Kriegsschiffen. Aber enkeltauglich ist beides nicht.

Haben wollen?
Jetzt bestellen unter:
www.neues-deutschland.de/finde
oder
Tel. 020 2778 1800

Das Schönste am Wochenende: Endlich nicht mehr Bus fahren. Richtig Platz zum Frühstück und Schmökern. Geht nirgends besser als mit dem fetten Wochenend-nd.
Mal'n Monat ausprobieren? 10 €!

Samstags blättern.

* Das Abo endet nach einem Monat und verlängert sich nicht ohne Ihre Zustimmung.

neues deutschland nd

clara.
Das Magazin der Fraktion DIE LINKE, im Bundestag Nr. 41, 2014.

Wichtig im Jobcenter: Was sich statt der Beratung gegen Sachschaden anbahnt
Pausen statt Schulen: Warum die Bundesregierung in Richtung statt in Bildung investiert
Energie nach dem Brexit: Wie sich die Europäische Union ändern muss, um fortzudauern

Jedem Kind ein Stück vom Himmel
Wie DIE LINKE das Leben von zwei Millionen armen Kindern verbessern will

Die Transformationstheorie

Nur ein zweiter Aufguss sozialdemokratischer Reformpolitik?

Ende November 2013 legten die beiden Parteivorsitzenden dem PDL-Vorstand ein 25 Seiten umfassendes Strategiepapier vor. In dem Papier werden außerordentlich häufig die Begriffe *Transformation, Transformation der Gesellschaft, Transformationspfad* u. ä. gebraucht. Das trifft sich mit der These von Michael Brie und Dieter Klein (ND vom 30.12.13): „Die LINKE braucht ein neues strategisches Fundament und als solches könnte sich das Konzept einer doppelten Transformation ... erweisen.“

Nach dem 1. Weltkrieg gab die SPD-Führung die Losung aus: Der Sozialismus marschiert! Der Hintergrund bestand in der Illusion, dass mit Wirtschaftsdemokratie, Genossenschaftsbildung, Gewerkschaftsarbeit, Kontrolle der Banken, Kartellamt usw. die Gesellschaft umgestaltet werden könne.

Außer Acht blieb die Erkenntnis von Marx: die Eigentumsfrage ist die Grundfrage der Bewegung! Außer Acht blieb Lenins Erkenntnis: Zur sozialistischen Lösung der Eigentumsfrage ist die Ergreifung der politischen Macht erforderlich, da die herrschenden Klassen nie bereit sind, ihre Besitzstände und ihre Herrschaft widerstandslos

beschneiden zu lassen oder aufzugeben. Auf der Grundlage dieser Illusion marschierte die Gesellschaft nicht zum Sozialismus, sondern in den Faschismus.

Die Illusion, die kapitalistische Gesellschaft durch linke Regierungen umzugestalten, zum Besseren transformieren zu können, ist also nicht neu. Der Drang der Reformen bei den LINKEN, mitzuregieren, führte dazu, den Begriff wieder zu aktualisieren.

Außer Acht bleiben dabei die aktuellen Erfahrungen. Im Osten Deutschlands haben alle Landesverbände der LINKEN, die an einer Regierungskoalition beteiligt waren oder sind, Einfluss und Wähler verloren. In Europa haben die Regierungsbeteiligung der ehemals starken kommunistischen Parteien in Frankreich und Italien zur Bedeutungslosigkeit geführt. Syriza in Griechenland, die als linke Partei eine Regierungsmehrheit erreichte, kann selbst in dieser Position nicht eines ihrer linken Ziele umsetzen. Damit sind alle Theorien, durch Mitregieren den Kapitalismus verbessern zu können, eigentlich widerlegt.

Der Begriff Klassenkampf wird bei den LINKEN in Europa nicht mehr gern genutzt. Die Gegenseite

hat damit kein Problem. Der amerikanischen Milliardär, Warren Buffet (drittreichster Mensch der Welt) brachte das in einer Rede am 26.11.2006 bündig auf einen Nenner: „*Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen.*“

Wie profitabel das ist, zeigen die dabei erreichten Ergebnisse. 68 Personen besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der gesamten Weltbevölkerung.

Gerry Woop (PDL) lobt den Einfluss Gorbatschows auf den Transformationsprozess von der SED zum demokratischen Sozialismus. Doch deren Führung übernahm die Macht im Dezember 1989, als die DDR noch existierte. Warum hat sie diese Position nicht genutzt, um den „demokratischen Sozialismus“ in der DDR voranzubringen? Die Sowjetunion und die DDR verschwanden mit Gorbatschows Hilfe von der politischen Landkarte.

Transformationstheorie dominiert das Denken und Handeln vieler Politiker an der Führungsspitze der Partei DIE LINKE. Sie dient als willkommenes ideologisches Feigenblatt für Mitregieren, Regie-

rungsverantwortung und Verklärung der „guten Seiten“ des Kapitalismus. Es hemmt wirkungsvolle Initiativen zur grundlegenden Überwindung dieser Zustände.

Ohne den Begriff Transformation zu gebrauchen schrieben Marx und Engels über Vertreter solcher Inhalte: Inzwischen wendet man seine ganze Kraft und Energie auf allerhand Kleinkram und Herumflickerei an der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, damit es doch aussieht, als geschehe etwas und gleichzeitig die Bourgeoisie nicht erschreckt werde. (...) Es sind dieselben Leute, die unter dem Schein rastloser Geschwätzigkeit nicht nur selbst nichts tun, sondern auch zu hindern suchen, dass überhaupt etwas geschieht.

Horst Neumann

Liebe Leser!

Die Redaktion schlägt euch einen Meinungsaustausch zum Transformationskonzept vor, das in strategischen Überlegungen unserer Partei eine herausragende Rolle spielt. Wir eröffnen die hoffentlich rege Diskussion mit dem Abdruck eines Beitrags von Horst Neumann zu diesem Thema und bitten um Zuschriften.

Wie Kriegspropaganda wirkt

Vor kurzem noch machte uns der IS Angst, jetzt ist es Putin

Von Uwe Boldt

Es ist schon erstaunlich, wie leicht es die mediale Manipulation in der Kriegspropaganda doch hat. Vor einem Jahr gingen noch Videos und Fotos der Verbrechen des IS um die Welt. Sie begründeten seit Aug. 2014 ein militärisches Eingreifen der USA, Frankreichs, Großbritanniens, Saudi Arabiens, der Vereinigten Arabischen Emirate, Jordaniens, Bahraïns und Katars. Zu dieser Allianz gesellten sich dann im Oktober 2014 Australien, die Niederlande und Dänemark sowie im Nov. 2014 Kanada (wieder aus dieser militärischen Allianz ausgetreten im Februar 2016 nach Wahlen).

Als dann Russland im Sept. 2015 auf Ersuchen der Syrischen Regierung sich in diesem sich - trotz der übermächtigen Allianz unter USA-Führung - immer weiter ausbreitenden Konflikt einschaltete, gab es eine scheinbar unbemerkte aber deutliche Veränderung in der Berichterstattung der ‚Qualitätsmedien‘, auch und be-

sonders in Deutschland. Waren anfangs noch die Verstrickungen Saudi Arabiens, der Türkei, Katars u.a. mit dem IS und die direkte und indirekte Unterstützung der USA (und auch Deutschlands) der sogenannten ‚gemäßigten Rebellen‘ Themen der Nachrichten und Kommentare, so legte sich der Fokus immer stärker auf die Syrische Armee mit dem Synonym ASSAD und die russischen Truppen mit dem Synonym PUTIN. Der IS findet aktuell in den Medien fast nicht mehr statt. Nach medialer Darstellung bombardieren Putin und Assad nur noch die Zivilbevölkerung und begehen Kriegsverbrechen in Syrien.

Mit dem Resultat, dass heute bereits viele Menschen Putin und Assad als die alleinigen Verantwortlichen für die dramatische Situation in Syrien und dem Rest der Welt sehen. Sowohl ARD und ZDF als auch die anderen Fernsehanstalten bringen immer wieder, nicht nur in den Nachrichtensendungen sondern auch in Sendungen mit unterhaltender Grundrich-

tung wie der Tagesshow, Diffamierungen und Schmähungen gegen Putin und Assad. Alle anderen Kriegsparteien im Konflikt in und um Syrien herum finden nur am Rande oder gar keinen Platz in diesen Sendungen. Die USA erscheint zwischenzeitlich als hell leuchtender Friedensengel in der Medienwelt.

Vergessen sind die US-Parolen, die eine Strategie und ein klares Ziel beschreiben: „Assad muss weg! Mit Assad kann es keinen Frieden geben. Mit einem Verbrecher wie Assad verhandeln wir nicht.“

Vergessen sind auch die westlichen Aktivitäten zur Ausbildung und Aufrüstung der sogenannten ‚gemäßigten‘ (und weniger gemäßigten) Rebellen, die letztendlich nicht den IS sondern die syrische Armee bekämpfen.

Diese Strategie des Regimewechsels der USA führte offensichtlich, auch auf Grund des Eingreifens Russlands, bisher nicht zum Erfolg. Bereits im Herbst vergangenen Jahres erklärte der ehemalige

stellv. Direktor der CIA und auch in abgeschwächter Form der US-Außenminister, dass es doch Lösungen mit Assad als Übergang geben kann.

Doch die Rede von Obama in Antalya (Türkei) am 16. November 2015 machte deutlich, dass es in den USA keinen Strategiewechsel gibt. Das Ziel, den IS nicht unbedingt zu besiegen, ist offensichtlich. Die Entwicklung 2016 zeigt, dass nicht nur die Lage in Syrien sich immer weiter zuspitzt, sondern auch in Europa und dem Rest der Welt. Die Propaganda funktioniert, die Angst vor bewaffneter Auseinandersetzung in Europa wächst und das Gespenst des „Russens vor unserer Tür“ wird heraufbeschworen.

Wir sollten bei der Beurteilung der Weltlage nie vergessen auch nach Westen zu schauen und uns dabei nicht nur auf die ‚Qualitätsmedien‘ verlassen. Früher hatten wir das Westfernsehen zum Informationsabgleich, heute steht das Internet mit unendlich vielen Informationen zur Verfügung. Es bedarf nur der persönlichen Aktivität um weitergehende Informationen zu bekommen.

65.000 Demonstranten sagten Nein zu CETA und TTIP

Impressionen von Gabi Sauerbier aus Hamburg



Es war eine beeindruckende Demonstration. Es war eine Demonstration voller Kraft, Empörung, Entschlossenheit und Leidenschaft. Menschen aller Generationen waren gekommen. Familien kamen mit ihren Kindern, Eltern und Großeltern. Menschen vieler verschiedener Berufe waren gekommen. Ich habe Orchestermusiker und Putzfrauen, Hochschulprofessoren und Arbeitslose, Landwirte und Lehrer gesehen. Es war eine internationale Demonstration. Immer wieder war lateinamerikanische Musik zu hören. Es war eine linke Demonstration. Ich habe

so viele linke Gruppen gesehen, von deren Existenz ich leider bisher nichts wusste. Alle waren sich einig in vier Forderungen.

1. Stopp TTIP, CETA, TISA und EPA. Diese Abkommen dienen nur den Profitinteressen einiger weniger Konzerne.
2. Kampf für Demokratie. Geheimverhandlungen überzeugen nicht. Weder in Europa noch bei den Völkern der Handelspartner.
3. Kampf für eine unabhängige Justiz. Niemand braucht Schiedsgerichte, die im Interesse von Konzernen ganze Staaten

verklagen können.

4. Ökonomie, Ökologie und Soziales müssen als Einheit gedacht werden.

Von zwölf bis ein Uhr sprachen Vertreter der einladenden Organisatoren. Insgesamt haben mehr als 30 verschiedene Bündnisse zu dieser Demonstration aufgerufen. Die Ansprachen wurden durch flotte, rhythmische Musik aufgelockert. Anschließend bewegte sich der Demonstrationzug ca. 6 km durch die Hamburger Innenstadt. Zur Abschlusskundgebung gab es einen Parteientalk mit Bernd Riexinger (DIE LINKE.), Anja Hajduk (Bündnis 90/ Grüne) und Eckart Kuhlwein (SPD). Bernd Riexinger kündigte an, dass die Brandenburger und die Thüringer LINKE. im Bundesrat ohne wenn und aber gegen TTIP und CETA stimmen wird. Anja Hajduk versprach dasselbe für die Grünen. Eckart Kuhlwein erklärte mit Blick auf den Parteikonvent der SPD, dass es auch in seiner Partei starke Widerstände gegen CETA gibt. Die Demonstration stärkt den linken Flügel der SPD.

TTIP und CETA stoppen – Für einen gerechten Welthandel!

Eine fünfköpfige Gruppe aus Wismar war bei der Demonstration in Berlin dabei.

Von Michael Gericke



Unter diesem Titel demonstrierten in sieben deutschen Großstädten 320.000 gegen die Abkommen TTIP, CETA und TISA.

Wir waren zu früh da und als die Demonstration beginnen sollte fing ein fürchterlicher Regen an, der die Anwesenden durchnässt hat und diese hatten den Eindruck, nur wenige Hunderte seien auf der Demonstration. Als sich der Regen abschwächte und dann aufhörte, war auf einmal die Karl-Marx-Allee voll und keiner wusste, wo sich die vielen Demonstranten untergestellt hatten und herkamen. Wir waren 70.000.

Vor der Demonstration war eine Kundgebung, in der Redner der

Veranstalter und sogar von der CDA und dem linken Flügel der SPD auftraten. In den Reden wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß die sogenannten Freihandelsverträge zum Abbau der Demokratie führen. An die SPD ging die Mitteilung, nicht zu glauben, dass nach einer vorläufigen Unterzeichnung des CETA-Abkommens mit Änderungswünschen, die realistische Chance bestünde, die Änderungswünsche umzusetzen.

Die Route der Demonstration führte durch die Karl-Marx-Allee, die Warschauer Straße und vom Ostbahnhof zum Alexanderplatz.

Anschließend traten auf der Tribüne wieder verschiedene Redner

auf. In einem kurzen Statement hat auch Dietmar Bartzsch die konsequente Ablehnung der Freihandelsverträge durch die Linkspartei betont.

Die Präsidentschaftskandidatin aus Frankreich, Marie-Noëlle Liemann brachte die Ablehnung von TTIP und CETA durch die französische Linke zum Ausdruck.

Mut machte die Rede von Jennifer Morgan, der Geschäftsführerin von Greenpeace International, die darstellte, dass auch in Kanada und den USA Widerstand gegen diese sogenannten Freihandelsverträge zu finden ist.

Alle Redner verurteilten die Absicht der Verträge, nicht kontrollierbare Schiedsgerichte zur Durchsetzung von Konzerninteressen einzusetzen.

Wir sollten darüber nachdenken, was in den Freihandelsabkommen der EU und den afrikanischen Staaten steht, denn dieses wurde mit TTIP und CETA verglichen.

Auch wenn heute in den Zeitungen steht, dass Siegmund Gabriel von dem Massenprotest nicht beeindruckt ist, dürfen wir in unserem Widerstand gegen TTIP und CETA nicht nachlassen.

Der Widerstand gegen TTIP und CETA wird fortgesetzt

Trotz der eindrucksvollen Demonstrationen von 320.000 Gegnern der Freihandelsabkommen ließen sich wenige Tage danach die Delegierten auf einem Parteikonvent der SPD von ihrem Vorsitzenden Siegmund Gabriel zur Zustimmung für das Abkommen zwischen der EU und Kanada drängen. Damit haben sie eine Entscheidung getroffen für Konzerninteressen und gegen Bürgerrechte, Umwelt- und Verbraucherschutz.

Inzwischen verhandelte das Bundesverfassungsgericht über vier Klagen der CETA-Gegner, darunter die von 125.000 Mitklägern der Verbraucherorganisationen Foodwatch sowie der Vereine Campact und Mehr Demokratie (unter den Klägern auch Lutz Tannhäuser und ich). Das Urteil der Karlsruher Richter werten wir als Teilerfolg, so darf die Bundesregierung dem Abkommen nur unter Auflagen zustimmen. Zu einem späteren Termin werden die Klagen Gegenstand einer Hauptverhandlung.

Widerspruch gegen CETA bzw. Wünsche zu Änderungen am Vertrag werden zur Zeit in einigen Regierungen und Parlamenten diskutiert. So lehnt das Parlament der Belgischen Region Wallonien den Vertrag ab und verhindert damit die für den 27. Okt. geplante Unterzeichnung durch die EU und Kanada. Mit Respekt begrüßen wir den mutigen Widerstand der Wallonischen Abgeordneten gegen den massiven Druck aus der EU. Martin Schulz, Präsident des EU-Parlaments, erklärte am 24. Okt. dass die Unterzeichnung ausgesetzt wird.

Damit wird deutlich, die Europäische Handelspolitik ist gescheitert und braucht einen Neustart, egal ob Wallonien noch umgestimmt wird oder nicht. Wir brauchen europäische Handelsverträge, die bei Zöllen, Zollabwicklungsverfahren und technischen Standards Erleichterungen bringen. Sie dürfen aber nicht in die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eingreifen und müssen das Subsidiaritätsprinzip achten. Nur mit einem solchen Neustart ist das Vertrauen der Bürger und der Zivilgesellschaft zurückzugewinnen.

Die Öffentlichkeit sollte weiter über den Widerstand gegen die Freihandelsabkommen informiert und einbezogen werden, über die Medien, mit Vorträgen, Aktionen, Info-Ständen und Demonstrationen.

von Peter Vorbau

Zweifel an der Initiative

Lieber Genosse Peter Ritter, Darf ich über meine letzte Ruhe selbst entscheiden? In der Zeitung zur Landtagswahl 2016 hast du diese Frage gestellt und zu Fragen und Anregungen aufgefordert. Das will ich gern tun, zumal wir im RLS-Freundeskreis 2015 mit dir ein sehr interessantes Podiumsgespräch zu diesem Thema

DARF ICH SELBST ENTSCHEIDEN?

ÜBER MEINE LETZTE RUHE

hatten. Mit deinen damals vortragenen Argumenten habe ich mich immer wieder beschäftigt. Und - um es gleich zu sagen - in der Hauptsache, nämlich der Aufhebung der Friedhofspflicht, will mir die Sinnhaftigkeit deiner Initiative nicht recht einleuchten.

Als unsere Vorfahren seinerzeit Friedhöfe einrichteten, hatten sie sicherlich gute Gründe dafür: vor allem medizinisch-hygienische, aber auch ethische, kulturelle und religiöse.

Im Kern beziehst du dich auf das Selbstbestimmungsrecht, um (Zitat) „über meine letzte Ruhe selbst entscheiden zu dürfen“.

Dass persönliche Freiheitsrechte ihre

Bestattungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern

Grenzen finden, wo gesellschaftliche Interessen dagegensetzen, ist jedoch ein Gemeinplatz. Geschwindigkeitsbegrenzungen z. B. beim Autofahren halten wir – trotz mancher Versuchung, der Losung „freie Fahrt für freie Bürger“ nachzugeben - für gerechtfertigt, weil sie im allgemeinen Interesse liegen. Du erwähnst viel Zustimmung zu deinem Vorschlag. Ich vermute, dass viele die Aufhebung der Friedhofspflicht erhoffen, weil sie erwarten, dass für Bestattungen dann künftig ein geringerer finanzieller Aufwand entstünde. Ein solcher Wunsch ist verständlich: Wer je mit der Bestattung eines Angehörigen zu tun hatte, wird wissen, dass dafür hohe Kosten entstehen, und zwar unabhängig davon, welche z. Zt. möglichen Bestattungsorte man wählt: den kommunalen Friedhof, einen sog. Friedwald oder eine Seebestattung.

Aber wird deine Initiative diesem sozialen Ansatz gerecht?

Ich bezweifle das, denn einen finanziellen Nutzen hätte offenbar nur jemand, der über eigenen Grund und Boden verfügt. Das dürfte jedoch auf die übergroße Mehrheit der potentiellen

Wähler der LINKEN gerade nicht zutreffen, die höchstens einen Kleingarten gepachtet

haben, dessen Eigner sie aber nicht sind. Und tatsächlich reagierten viele, mit denen ich über deine Initiative sprach mit Unverständnis darüber, dass

ausgerechnet DIE LINKE, die bei den Leuten eher für Gleichberechtigung steht, sich hier für eine Gruppe einsetzt, die überwiegend nicht zu ihrer Klientel gehört.

Als Atheist sehe ich übrigens in der von dir gebrauchten Formel „meine letzte Ruhe“ eine ziemlich euphemistische Verklärung des Zustands post mortem; -mir erschließt sich nicht, warum man Rechte für etwas einfordern sollte, was definitiv als Person nicht mehr existiert, ergo

weder denken, atmen und auch im Wortsinne nicht ruhen kann.

Übrigens ist die Dauer der „Ruhe“ auch auf einem privaten Grundstück durchaus ungewiss; wer kann schon voraussehen, welche künftigen Ereignisse zu einem Besitzerwechsel führen können! Kürzlich wurde z. B. über die Umbettung von Rio Reiser berichtet, weil der Bauernhof verkauft wurde, auf dem er wunschgemäß vor 20 Jahren beerdigt wurde.

Zustimmen kann ich dir dagegen, dass eine Reihe von Problemen im Todesfall künftig besser geregelt werden sollten; die bessere Ausstattung der Friedhöfe durch die Kommunen oder die Wiedereinführung des Sterbegeldes hast du u. a. genannt. Das halte ich für dringlichere Probleme, für die sich DIE LINKE auch künftig einsetzen sollte.

Mit solidarischen Grüßen
Lutz Tannhäuser

Herzliche Glückwünsche

Der Kreisvorstand der LINKEN Nordwestmecklenburg gratuliert allen Mitgliedern unseres Kreisverbandes sehr herzlich, die im Oktober und November sowie im Dezember 2016 Geburtstag hatten und haben.

Ganz besonders herzliche Glückwünsche gehen an unsere Genossin Hildegard Kaiser und den Genossen Hans Eggert zum 92. sowie an Genossin Gunhild Junker und Genossen Horst Kleibert zum 90. Geburtstag. Zum 89. Geburtstag gratulieren wir Genossin Grete Müller und zum 88. Geburtstag gehen alle guten Wünsche an unseren Genossen Gerhard Reichelt. Ebenfalls alle guten Wünsche gehen zum 87. Geburtstag an den Genossen Heinz Brumme. Zum 86. übermitteln wir herzliche Glückwünsche an Genossen Horst-Ulrich Kurth. Zum 85. Wiegenfest gratulieren wir Genossen Gerhard Horn. Auf 84 Lebensjahre blickt Genossin Waltraut Steigmann zurück. Herzliche Glückwünsche zum 83. Geburtstag erhal-

ten die Genossin Brigitte Wulf und der Genosse Benno Fahrhöfer. Genossin Eva Mielke gratulieren wir zum 82. und zum 81. Geburtstag gehen alle guten Wünsche an Genossin Sonja Bahlk und die Genossen Joachim Ewald, Ernst-Erich Drews, Dr. Hans-Peter Aurich und Paul Koeppel. Zum 80. Geburtstag wünschen wir den Genossen Gerd Berndt, Werner Müller und Helmut Oldenburg alles Gute. Zum 70. Geburtstag gratulieren wir dem Genossen Karl Gerns ganz herzlich. Glückwünsche zum 65. Geburtstag gehen an Genossin Heike Lodders und zum 60. Wiegenfest gratulieren wir den Genossinnen Anette Wendorf und Gabriele Kähler ganz herzlich.

Wir wünschen ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit, und danken ihnen für ihre langjährige aktive Parteiarbeit.



Auch in diesem Jahr, einer kleinen Tradition folgend, beteiligte sich die Gadebuscher LINKE mit einem eigenen Stand an dem Gadebuscher Herbstmarkt. Gegen eine kleine Spende wurden von den Mitgliedern und Sympathisanten bereitgestelltes Obst, Gemüse und viele Gartenkräuter an die Besucher abgegeben. Gesammelt haben wir für den SCHULFÖRDERVEREIN der Heinrich-Heine-Schule Gadebusch. Insgesamt konnten wir 240,00 € einnehmen.



Am 18.10.2016 war es soweit. Im Rahmen einer Unterrichtsstunde, besuchte die Klasse 9c, mit Ihrer Lehrerin Fr. Becker, zugleich Vorsitzende des Schulfördervereins, die Eichmann-Ausstellung in der Gadebuscher Stadtkirche St. Jakob und St. Dionysius. Wir nutzten die Gelegenheit und überreichten der Vereinsvorsitzenden des Schulfördervereins die kleine Spende. Der Schulförderverein weiß auch schon, wofür er das Geld verwenden wird. Eine zweite Tischtennisplatte auf dem Schulhof wird angeschafft.